

Eine rote Bilanz

Ein Kampfsjahr im Zeichen der verschärften Wirtschaftskrise und der wachsenden Radikalisierung — Streikwelle unter KGD.-Führung gegen Papen-Lohnraub

Vom Reichskomitee der KGD. wird uns geschrieben:

Ein Hungerjahr ging für das werktätige Volk zu Ende, ein Jahr des grausamsten Elends und der bittersten Not, der ungeheuerlichsten Ausbeutung und Ausplünderung durch die herrschende Klasse. Das Jahr 1932 war das Jahr der kapitalistischen Notverordnungspolitik, ein Jahr des verheerendsten Terrors gegen die revolutionäre Bewegung, ein Jahr der weiteren Entfaltung der faschistischen Diktatur.

Schon gleich zu Beginn des Jahres versuchte die Bourgeoisie durch die Notverordnung vom 8. Dezember die im Januar in Kraft trat, die Kosten der verschärften Wirtschaftskrise auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Diese 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens hatte den Zweck, die Löhne und Gehälter der Arbeiter auf das Niveau vom Januar 1927 zu senken. Dieser Lohn- und Gehaltsraub erreichte die phantastische Summe von 4 Milliarden Mark. Gleichzeitig wurden die Gehälter und Pensionen der Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder und Gemeinden um 330 Millionen Mark gesenkt. Durch die Erhöhung der Unfallversicherungsbeiträge wurden den werktätigen Massen außerdem weitere 900 Millionen aufgebürdet. Insgesamt wurde das Einkommen der ausgebeuteten Massen durch diese Notverordnung um 3 1/2 Milliarden Mark gesenkt, ohne die Verschlechterung der Leistungen in der Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Kurz in vereinzelten Kämpfen zeigte sich die Arbeiterklasse gegen diesen ungeheuerlichen Anschlag auf ihre Lebenshaltung zur Wehr.

Am 18. Juni erfolgte durch die Papen-Notverordnung ein ungeheuerlicher Raubzug auf alle Rentensysteme. Außer der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden die Renten in der Invaliden-, Angestellten- und Anknüpfungsversicherung um monatlich 6,- M. gesenkt, die Witwenrenten um 5,- M. und die Waisenrenten um 4,- M. Durch diese Maßnahmen wurden die Rentenbesitzer insgesamt um 20 Prozent gekürzt. Gleichzeitig erfolgte die Senkung der Unfallrenten um 20 Prozent, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung wurden um 25 Prozent gekürzt, die Leistungen der Berufsgenossenschaft auf sechs Wochen herabgesetzt. Es wurde gleichzeitig die Bedürftigkeitsprüfung mit ihren unerhörten Bedingungen eingeführt, die noch im Betrieb Stehenden wurde eine neue Belastung durch die Beschäftigtensteuer aufgebürdet. Die Gesamtbelastung der Werktätigen durch diese Papen-Notverordnung betrug 1 1/2 Milliarden Mark.

Außer der Notverordnung vom 4. Juni über den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ wurde am 5. September die letzte Papen-Notverordnung erlassen, die noch allen Werktätigen in lebhafter Erinnerung ist. Diese Notverordnung sah einen allgemeinen Lohnabbau bis zu 25 Prozent vor, und für logenannte wachsende Betriebe Lohnabbau ohne jede Begrenzung. Außerdem erteilte sich die Papen-Regierung die Ermächtigung, zur „Bereinsichtigung“ und „Herabsetzung“ der Sozialversicherung alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Während diese neue unerhörte Notverordnung die werktätigen Massen erneut mit vier Milliarden Mark belastete, wurden andererseits den Industriellen, Großhändlern, Bankkapitalisten usw. Milliardenbeträge in Form von direkten Subventionen, von Steuererleichterungen, Zinsen usw. gewährt.

Diese Notverordnung brachte jedoch in Deutschland den entscheidenden Umschwung. Sie steigerte die Widerstandskraft der Arbeitermassen, es kam zu einer Welle von Streiks, vor allem in den Klein- und Mittelbetrieben, durch die die herrschende Klasse gehemmt wurde, in dem vorgezeichneten Tempo die Maßnahmen dieser Notverordnung durchzuführen.

Streikbilanz

Die nachstehend veröffentlichten Streikziffern geben eine Übersicht über die Streikbewegung im Jahre 1932 gegenüber 1931.

Anzahl der bestreikten Betriebe		
	1931*)	1932**)
1. Vierteljahr	1.398	421
2. Vierteljahr	2.687	759
3. Vierteljahr	206	460
4. Vierteljahr	259	916***)
Insgesamt: 4.550	2.586	

Was ist an dieser Streiktafel charakteristisch? Während im Jahre 1931 das Gros der Streikfälle im ersten Halbjahr stattfand, mit einer gemäßigten Steigerung im zweiten Vierteljahr, heute die Streikbewegung im letzten Halbjahr sehr hart ab. 1932 haben wir das umgekehrte Verhältnis. Hier erreichte die Streikwelle ihren Höhepunkt im letzten Vierteljahr, und zwar in den Kämpfen gegen die letzte Papen-Notverordnung.

Im 1. Vierteljahr 1931 richtete sich die Streikbewegung fast ausschließlich gegen den beabsichtigten Lohnabbau. Es entfielen allein auf das Holz- und Schnitzholzgewerbe fast ein Viertel aller Streiks. Das Gros der Streikenden hatte jedoch der Ruhrkohlenbergbau. Unter Führung der KGD. setzten sich in der Januarbewegung die Bergarbeiter in einer Reihe von Teilkämpfen gegen den geplanten Lohnabbau zur Wehr.

Die Kämpfe im 2. Vierteljahr 1931 wurden vor allem Dingen von den Bau- und Metallarbeitern gegen beabsichtigte Lohnkürzungen ausgetragen.

In den Kämpfen im letzten Halbjahr waren auch in erster Linie die Bauarbeiter, Metallarbeiter und im letzten Vierteljahr zu mehr als 50 Prozent die Bergarbeiter beteiligt. Bei allen diesen Streiks handelt es sich zum Teil um Streikfälle, die von der KGD. ausgelöst und

geführt wurden, die aber in der überwiegenden Zahl nur in Teilerfolgen oder ohne Erfolg beendigt wurden.

Im ersten Halbjahr des Jahres 1932 handelt es sich durchweg ebenfalls um Teilkämpfe, an denen in erster Linie die Bauarbeiter und Metallarbeiter beteiligt waren. Besonders im zweiten Vierteljahr hatten wir in der Reichsbewegung eine große Anzahl Bauarbeiter- und Kohlenarbeiterstreiks gegen die geplante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Charakteristisch für die Streikbewegung in den ersten neun Monaten des Jahres ist die Tatsache, daß die herrschende Klasse ihren gewaltigen Raubzug an den werktätigen Massen durchführen konnte, ohne daß es zu ernsthaften Streikbewegungen kam.

Die Lage veränderte sich nach dem Inkrafttreten der letzten Papen-Notverordnung.

In etwa 1100 Streiks zeigte sich die deutsche Arbeiterklasse seit

Mitte September gegen den vorgezeichneten Papen-Lohnabbau zur Wehr. Ungefähr 200.000 Arbeiter waren an den Streikbewegungen beteiligt. Außer einer Anzahl Bauarbeiterstreiks — vor allem der Kartoffelhubler — verteilten sich die Streiks nach Industriegruppen wie folgt:

Industriegruppe	Anzahl der Streiks
Metall	177
Bau	145
Fabrik	119
Textil	117
Leder	51
Graphik	29
Erwerbslose, Notstands-, Pflichtarbeiter, Arbeitsdienstlager	273

Die wichtigsten Merkmale der Streikwelle im letzten Vierteljahr 1932

Im Gegensatz zu der Streikbewegung im Jahre 1931 und in den ersten 9 Monaten des Jahres 1932 liegt die Intensität und die Widerstandskraft der Arbeitermassen ganz erheblich. Die Mehrzahl der Streiks entfielen auf die Klein- und Mittelbetriebe. Die KGD. hatte an der Auslösung und Führung dieser Streiks gewaltigen Anteil.

Wenig mehr als die Hälfte aller Kämpfe wurde unter Führung der KGD. mit Erfolgen oder Teilerfolgen abgeschlossen.

Unter dem Druck der wachsenden Radikalisierung sah sich die Gewerkschaftsbürokratie in einer Anzahl von Streiks gezwungen, sich an die Spitze der Bewegungen zu stellen, um zu verhindern, daß die Führung in die Hände der KGD. fiel.

Die Argumente der reformistischen Bürokratie, daß die Arbeiterklasse in der Krise nicht kämpfen könne, wurden durch die 1100 Streikfälle schlagend widerlegt. Erstmalig wurde vor Millionen Arbeitern die führende und organisierte gewerkschaftliche Massenfront der KGD. eindeutig demonstriert, zeigte sich die einigende Klasse der KGD. gegenüber der isolierten Politik der Gewerkschaftsbürokratie. In hunderten Streiks kämpften die reformistischen und christlichen Arbeiter Schuster an Schuster mit den KGD.-Mitgliedern und unorganisierten Arbeitern unter Führung der KGD. erfolgreich gegen den Lohnabbau. Das Ansehen der

KGD. liegt auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern beträchtlich. Die Höhe der Bürokratie hat heute nicht mehr die Wirkung wie vor Jahresfrist.

Die Streikbewegung erreichte ihren Höhepunkt im Berliner Verkehrarbeiterstreik, der mehrere Tage die deutsche Bourgeoisie und KGD.-Bürokratie in Atem hielt und der die Verkehrsarbeiter unmittelbar an den politischen Massenstreik herandrängte. Die deutsche Arbeiterklasse hat in dieser Streikwelle gemeinsam mit der KGD. neue und große Erfahrungen sammeln können. Die Bedeutung der Teilstreiks als Hebel für Kämpfe auf einem höheren Niveau, als die mobilisierende Kraft für den politischen Massenstreik wurde von den KGD.-Anhängern, von zehntausenden Arbeitern besser als je zuvor erkannt.

Durch die gewaltige Aktivität der KGD. und die wachsende Radikalisierung der Arbeiterklasse einschüchelt die Gewerkschaftsbürokratie nicht mehr die Arbeiterklasse. Besonders beim Hamburger Verkehrstreik und beim Streik der Berliner Verkehrsarbeiter offener als in früheren Streikbewegungen in ihrer staats-erhaltenden und streikbrecherischen Rolle entlarvt.

Die Lehren dieser Streikwelle geben der KGD. die Möglichkeit, noch besser und planmäßiger die kommenden Streikfälle vorzubereiten.

Bilanz der SPD.- und ADGB.-Politik

Wenn so die KGD. trotz ihrer noch vorhandenen großen Schwächen und Mängel, die wir mit aller Kraft rücksichtslos ausmerzen müssen, mit Stolz auf das verflochtene Jahr zurückblicken kann, als ein Jahr des Erfolges und ihres wachsenden Einflusses bei den werktätigen Massen, so zeigt die Entwicklung der SPD.- und ADGB.-Bürokratie im Jahre 1932, insbesondere bei den Streikbewegungen demonstriert die frampfhaften Bemühungen, den kapitalistischen Staat zu erhalten, ihm den Ausweg aus der Krise zu verschaffen, die Krisenlasten den werktätigen Massen aufzubürden und die Arbeiterklasse am Kampf gegen den bankrotten Kapitalismus durch offene Streikdruckpolitik unter Zuhilfenahme von raffinierten „linken“ Betrugsmanövern zu hindern.

Die SPD.- und ADGB.-Bürokratie tolerierte offen die notgedrungenste Reformpolitik, die eine unerhörte Ausräuberung der werktätigen Massen brachte. Sie kapitalisierte bedingungslos am 20. Juli gegenüber dem faschistischen Staatsreich der Papen-Regierung in Preußen. Während die SPD.-Bürokratie gegenüber der notgedrungenen Papen-Politik eine Scheinopposition führte, war Zelpart bereit, den Papen-Programmen eine Chance zu geben, legte die Gewerkschaftsbürokratie alles daran, um die Kämpfe der Arbeiter gegen den Lohnabbau zu verhindern oder sie in Niederlagen zu verwandeln.

Die Tora der Schleicher-Regierung wird gekennzeichnet durch die offene Unterstützung der Schleicher-Politik durch die ADGB.-Bürokratie, durch den Versuch, die Gewerkschaften einzugliedern in den faschistischen Staat.

In der Ideologie nähert sich die Bürokratie immer mehr den Anschauungen und Auffassungen des Nationalsozialismus.

Die Bernauer Rede Zelparts ist dafür ein lebendiger Beweis. Die ADGB.-Bürokratie verliert mit denselben Mitteln

und Methoden den Kapitalismus am Leben zu erhalten, die Krisenlasten auf die werktätigen Massen abzuwälzen, wie die herrschende Klasse selbst.

Zelpart, der Führer des ADGB, wendet sich in einem offenen Brief im „Vorwärts“ vom 20. Dezember 1932 an die Gewerkschaftsmitglieder. Nur wenige Zitate aus diesem Brief unterstreichen noch einmal sehr eindeutig, welchen Weg die Gewerkschaftsbürokratie bewert:

„Der Ihr wißt, daß die Gewerkschaften gegründet wurden, um die Lage der Arbeiterklasse im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung zu verbessern.“

Weiter:

„Heute versucht die Regierung von Schleicher, einem Teil unserer Forderungen zu erfüllen. Den Sozialismus wird die Regierung nicht verwirklichen. . . . Aber können wir in dieser Situation die Aufforderung der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuwirken?“

Zelpart fordert dann erneut die kapitalistische Arbeitsbeschaffung mit Kreditausweitung, die 40-Stunden-Woche — selbstverständlich ohne Lohnausgleich — und er versichert, daß die Gewerkschaften konsequent als Enkel der Erstrebung des Sozialismus im Auge halten.

„Besserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung und Kampf für den Sozialismus“, schon dieser gewaltige Widerspruch zeigt eindeutig, wie der „Kampf um den Sozialismus“ in der Praxis aussieht.

„Die Schleicher-Regierung erfülle einen Teil der Forderungen des ADGB, und müsse deswegen unterstützt werden.“ Also: die Ziele der Schleicher-Regierung und des ADGB sind die gleichen.

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

Die weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise, die Zunahme der Erwerbslosigkeit, allein im letzten Monat um 290.000, die Krisenbedingte in den öffentlichen Finanzen zwingen die Bourgeoisie, ihre Offensives gegen die werktätigen Massen verschärft fortzusetzen. Durch die erfolgreiche Streikwelle ist die Schleicher-Regierung mit Unterstützung des ADGB, gestungen, raffinierte und kompliziertere Methoden bei der Durchführung ihrer Maßnahmen anzuwenden. Das kommende Jahr wird ein Jahr einschneidender Kämpfe gegen die neuerliche Kapitaloffensive sein.

Selbstkritisch muß die KGD. aus den vergangenen Kämpfen die Lehren ziehen, um für die kommenden großen Auseinandersetzungen gerüstet zu sein. In erster Linie gilt es, bei der Vorbereitung und Durchführung der Disziplinierungs- und Betriebsratswahlen innergewerkschaftlich energisch vorzu-

treten im Kampf um die wählbaren Funktionen in den Gewerkschaften und Betrieben, in der Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für die Gewerkschaftsopposition, für den revolutionären Klassenkampf.

In brüderlicher Kampfsolidarität gilt es das eiserne Kampfbündnis zwischen Betrieben und Stempelkassen gegen den gemeinsamen Feind, für die gemeinsamen Forderungen zu festigen. Alle Arbeiter-schichten, insbesondere die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter gilt es, einzubeziehen in die Millionen-Einheitsfront unter Führung der KGD. zu neuen erfolgreichen Kämpfen für Arbeit, Brot und Freiheit, für den sozialistischen Ausweg aus kapitalistischer Unterdrückung und Verberet.

*) Reichliche Rechte.
**) KGD.-Streikbilanz.
***) Die letzten Dezemberberichte noch nicht mitgeteilt. Von Januar bis zum 1. Dezember 1932 erfaßt 1000 Streiks sein.